

4. III. 1916

## Die Bewaffnung der englischen Handelsschiffe zu Angriffszwecken.

Berlin, 3. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Nach der gestern durch das Reutersche Bureau veröffentlichten Erklärung geht die englische Aussage über das Verhalten bewaffneter Handelsschiffe dahin, daß diese Schiffe auf Unterseeboote oder irgendwelche andere Kriegsschiffe nicht feuern dürfen, außer zur Selbstverteidigung. Die deutsche Schlussfolgerung aus den auf genommenen englischen Schiffen gefundenen Schriftstücken, daß Handelsschiffe die Weisung hätten, die Offensive zu ergreifen, sei falsch.

Diese Erklärung ist irregeführt. Die deutsche Regierung hat die auf englischen Schiffen gefundenen Weisungen in photographischer Wiedergabe ihrer Denkschrift beigesetzt, so daß jeder Unbesangene sein Urteil sich selbst bilden kann. Aus dem deutschen Material geht klar der wahre Charakter der angeblich nur zu Verteidigungszwecken bewaffneten englischen Schiffe hervor. Er ergibt sich schon aus dem ungewöhnlichen Nachdruck, mit welchem die Geheimhaltung der Weisungen gefordert wird.

Der artilleristische Inhalt der Weisungen und die militärische Stellung der Geschützmannschaften zeigen, daß es sich hier nicht um die früher übliche Bewaffnung eines Friedlichen Handelsschiffes, sondern um die Einstellung der britischen Handelsflotte in den Kampf gegen die deutsche Kriegsmarine handelt. Dazu kommt, daß in den Weisungen ausdrücklich gesagt wird, die Eröffnung des Feuers auf deutsche Unterseeboote solle von der Bonahme irgendeiner feindseligen Handlung durch ein Unterseeboot nicht abhängig sein. Diese offensiven Weisungen werden nicht dadurch defensiv, daß sie sich in der Überschrift selbst als defensiv bezeichnen. Aus zahlreichen Fällen unprovozierter Angriffe, wie sie in der Anlage 4 der deutschen Denkschrift zusammengestellt sind, erhellt übrigens zur Genüge, daß die englischen Handelsschiffe den Sinn der ihnen erteilten Weisungen sehr wohl verstehen.

## England bleibt bei der Bewaffnung der Handelsschiffe.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 3. März.

Aus Rotterdam wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Der Marinemitarbeiter der „Times“ schreibt anlässlich des Beginnes der neuen Phase im deutschen U-Bootkriege:

Man darf nicht annehmen, daß durch die jüngste deutsche Aussage über die Freiheit der Meere die Gefahr für die Handelsschiffe sich vermehren wird. Natürlich ist es für ein U-Boot unangenehm, wenn das Opfer einen Stachel besitzt, da dieser Umstand es verpflichtet, Torpedos zu benützen statt Bomben. Aber für uns bildet das keinen Grund, unsere Stachel einzuziehen, denn es besteht nicht die geringste Gewißheit, daß Passagiere und Besatzungen unbewaffneter Schiffe sicher sein werden oder daß diese Schiffe nicht vernichtet, aber aufgebracht werden. Jede Versicherung in diesem Sinne wäre wertlos. Die neue deutsche Politik bedeutet einfach, daß Deutschland das alte Verfahren fortführen wird.